

## **Interpellation der ALG-Fraktion betreffend Sparpaket des Bundes: Welche Auswirkungen sind für den Kanton Zug zu erwarten?**

Vergangenen Herbst hat der Bundesrat auf der Grundlage des Expertenberichts Gaillard ein drastisches Sparpaket beschlossen. Insbesondere die Bereiche Umwelt und Klima, soziale Wohlfahrt sowie Bildung und Forschung sind von massiven Sparmassnahmen betroffen. Im Bericht werden viele der Kürzungen mit einer Entflechtung der Aufgabenbereiche von Bund und Kantonen gerechtfertigt. Faktisch bedeutet das Sparpaket jedoch in vielen Bereichen eine Kostenverschiebung vom Bund hin zu den Kantonen oder eine Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen in vielen Regionen. Dies hat erhebliche negative Auswirkungen auf die Kantonshaushalte und die Bevölkerung.

Konkret ist unser Kanton u.a. von folgenden Sparmassnahmen betroffen: Kürzungen beim Regionalverkehr, beim Bundesbeitrag an die Integrationspauschale, an die Prämienverbilligung, die Kinderbetreuung und an die Hochschulen sowie vom kompletten Wegfall des soziodemographischen Lastenausgleichs. Sollte das Sparpaket in dieser Form verabschiedet werden, stellt sich für unser Parlament die Frage der Ergreifung eines Kantonsreferendums.

### **In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:**

1. Was ist die Strategie des Kantons, wenn das Sparpaket in seiner jetzigen Form verabschiedet wird?
2. Hat das Sparpaket Einfluss auf politische Entscheide im Kanton? Wenn ja, inwiefern?
3. Wie hoch sind die Kosten, die dem Kanton durch die einzelnen Massnahmen und das Sparpaket insgesamt entstehen?
4. Werden die Kürzungen beim Regionalverkehr ohne Gegenmassnahmen des Kantons zu höheren Ticketpreisen oder einem Abbau im öffentlichen Verkehr führen, z.B. zu einer Streichung von Buslinien? Ist der Regierungsrat bereit dazu, die Ausfälle zu kompensieren?
5. Wie werden eventuelle Mehrausgaben des Kantons abgedeckt, wenn die Integration von Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt doch nicht so rasch vonstattengeht wie vom Bund vorgesehen?
6. Ist der Regierungsrat bereit, dem Parlament aufgrund des Sparpakets des Bundes eine Erhöhung des Kantonsanteils an den Prämienverbilligungen zu beantragen?
7. Der Bundesrat will die Beiträge an den ETH-Bereich und die kantonalen Hochschulen senken, wodurch die Studiengebühren verdoppelt werden könnten. Was wären die Konsequenzen dieser Massnahme für den Bildungsstandort Zentralschweiz? Ist der Regierungsrat bereit, die wegfallenden Bundesgelder zu kompensieren, um eine Erhöhung der Studiengebühren zu verhindern?
8. Wie hoch sind die Einnahmeausfälle, die dem Kanton durch den Wegfall des soziodemographischen Lastenausgleichs entstehen?
9. Ergeben sich aus dem nationalen Sparpaket sonstige Folgekosten finanzieller oder auch nicht monetärer Art, von denen unser Kanton besonders betroffen ist? Welche und weshalb?